

Recht auf Reparatur

Zu: „Kampf dem Elektroschrott“, FR-Wirtschaft vom 15. Februar

Die Aussagen und Forderungen in diesem Artikel sind ohne Frage eindeutig und richtig. Ich möchte gerade in Bezug auf den als Beispiel erwähnten Computer hinzufügen, dass tatsächlich vorhandene Möglichkeiten viel zu wenig genutzt werden. Denn überall gibt es kleine IT-Service-Läden, die auch ältere Computer noch fit machen können, damit sie weiterhin nutzbar sind.

Ich selbst brauche für private und geschäftliche Nutzung eine zuverlässige und performante Arbeitsumgebung, und mein dafür genutzter PC ist gerade zehn Jahre alt geworden! Das Gerät (mit MS Windows) bietet mir auch in diesem Alter noch die gleiche Leistung wie am ersten Tag, weil ich es immer auf aktuellem Stand gehalten habe und es mit einem Pflegesystem regelmäßig aufräume und Fehler behebe.

Der wichtigste Punkt war aber der Austausch der alten Festplatte (mit Schreib-/Lesekopf) gegen eine moderne SSD bei einem PC-Service, die den Rechner ohne großen Auswand (wieder) „rattenschnell“ gemacht hat. Das zeigt, dass es nicht unbedingt nur um Originalersatzteile geht, sondern die kostengünstige Reparatur an sich das Thema ist, das viele Menschen leider überhaupt nicht im Blick haben. Ich denke, dass vermutlich eine große Menge von Alt-PC verschrottet wird, obwohl sie mit wenig Aufwand wieder ertüchtigt werden könnten. Ich habe viele ältere (vier bis fünf Jahre alte!) Geräte für Geflüchtete aufbereitet und neu installiert.

Und noch ein anderer Aspekt gehört dazu: nämlich unsere geringe Fehlertoleranz. Wir verlangen jederzeit optimal funktionierende Geräte und tauschen aus, entsorgen, wenn etwas nicht so läuft, wie wir es erwarten. Nach dem Umbau hat mein PC ab und zu unerklärlich reagiert, was für viele sicher ein Grund gewesen wäre, solch ein Gerät zu ersetzen. Nach einiger Zeit sind diese Effekte aber verschwunden, und mein Rechner läuft wunderbar wie am ersten Tag und lässt keine Wünsche bei mir offen. Nur auf Windows 11 umstellen, das geht nicht mehr, denn dafür ist er leider zu alt.

Bernfried Kleinsorge, Egelsbach

Runter vom Gas!

Zu: „Teure Freiheit“, FR-Meinung vom 24. Februar

Wir brauchen jetzt dringend eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Autobahnen, um unsere Abhängigkeit von russischen Energielieferungen einzuschränken. Das ist eine kostengünstige und gleichzeitig umweltschonende Maßnahme, die auch noch schwere Unfälle reduziert.

Klara Meurer, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Nationalismus und globale Gesundheit

Zu: „Südafrika entwickelt mRNA-Impfstoff“, FR-Politik vom 14. Februar

So wurden die Pocken weltweit ausgerottet

Wenn Bundeskanzler Olaf Scholz gesagt hat, dass mit der Freigabe der Patente von Corona-Impfstoffen großer Fortschritt verspielt werde, dann ist das eine Falschaussage. Der englische Arzt Edward Jenner hat auf seine Methode, Menschen gegen Pocken zu immunisieren, kein Patent erhoben. Dadurch konnten die Pocken weltweit ausgerottet werden. Kann es größeren Fortschritt geben? Würden also die Patente für die mRNA-Technologie ausgesetzt, wäre Corona weltweit sehr schnell in den Griff zu bekommen. Aber darum scheint es Deutschland und der EU eben nicht zu gehen. Und so ist es richtig, dass die WHO die Entwicklung eines afrikanischen mRNA-Impfstoffs unterstützt.

Uta Liebau, Goslar

Nicht nur nachhaltig, sondern auch gerecht

Im Gastbeitrag von Deborah Düring und Pegah Edalatian von den Grünen gewinnt man leider am Ende den Eindruck, es gehe mehr um die Befürchtung, die EU könnte an internationalem Einfluss verlieren, als um eine gerechte Impfstoffverteilung.

Die Forderung, den Patentschutz aufzuheben, ist absolut wichtig, aber abzuwarten, bis es vielleicht passiert, löst die Probleme mit der aktuellen Ungerechtigkeit nicht. Genauso richtig, aber wenig hilfreich ist die Hoffnung, dass Länder des Globalen Südens eigene Impfstoffe entwickeln, die sie dann frei zugänglich für andere Länder machen und sich so selbstbewusst aus der Impfstoffabhängigkeit befreien könnten.

Es müsste jetzt eine neue Strategie zur Bekämpfung der Pandemie angedacht werden. Und zwar nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch national. Warum nehmen die Grünen (Linke und viele andere) nicht zur Kenntnis, was die WHO vorschlägt, und warum ignorieren sie kooperative Lösungen? Nach

den Vorstellungen vieler Grüner sollen wir jetzt alle verpflichtet werden, uns mehrmals impfen zu lassen, statt vorrangig vulnerable Personen und keine Gesunden mehr zu boostern. Der WHO-Chef Ghebreyesus: „Eine Auffrischungsimpfung nach der anderen in einer kleinen Anzahl von Ländern wird die Pandemie nicht beenden, wenn gleichzeitig Milliarden von Menschen ungeschützt sind.“ Ungeschützt auch deshalb, weil es in vielen armen Ländern keine oder nur eine miserable Gesundheitsfürsorge gibt. Es fehlt also nicht nur an einer gerechten Impfstoffverteilung, sondern wesentlich an den Basics. Millionen sterben Menschen auch ohne Corona, weil sie keine oder nur unzureichende medizinische Hilfe erhalten und keine patentgeschützten Medikamente bezahlen können. Hier sich zu engagieren, ist die drängendste Aufgabe.

Die Haltung, dass es nicht darum geht, das „Boostern gegen die Impfstoffabgabe auszutauschen“, kaschiert unser moralisches Versagen, da die Forderung nach einer gerechten Verteilung noch lange Papier bleiben wird, wie die Autorinnen nicht erst seit Habecks Einknicken vor den Impfstoffherstellern wissen. Die sozialen Folgen der Pandemie sind für arme Länder verheerend. Während Millionen Menschen zusätzlich endgültig ins Aus stürzen, verdoppeln die Reichen der Welt ihr Vermögen. Da sollten sich auch die Grünen, die nicht nur für Nachhaltigkeit, sondern auch für Gerechtigkeit antraten, mehr einfallen lassen, als nur zu fordern, mehr Impfstoff herzustellen.

Franz Leutner, Dorfen

Werte-Verantwortung an vorderster Stelle

Zum einen hat eine Regierung in einer Pandemie, was schon beim so wichtigen digitalen Datenmanagement durch einen eigentlich bis heute fehlenden politischen Ehrgeiz für besser synchronisierte Systeme verpasst wurde, in jedem Fall die Pflicht, alles nur Erdenkliche dafür zu tun,

damit dieser besondere Zustand schnellstmöglich überwunden werden kann, wozu eben nicht nur im In-, sondern auch Ausland eine höhere Impfquote durch die Freigabe von medizinischen Patenten zählt.

Zum anderen verkauft sich die Berliner Republik als solche gehörig unter Wert, wenn sie zum ersten Mal und ohne größeres Konfliktpotenzial gegenüber anderen Ländern an vorderster Stelle globale Verantwortung übernehmen kann, und dieses aus sehr wahrscheinlich kurzfristigen ökonomischen Motiven nicht tut. Deshalb sollten insbesondere die Grünen hier ihre Grundwerte besser reflektieren, da gerade eine wertegeleitete Außenpolitik, wie sie etwa Annalena Baerbock für sich gerne vollmundig in Anspruch nimmt, weitaus mehr als nur die Rosinenpickerei von einigen wenigen Themen beinhaltet.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Wenn Kapitalismus droht, Rassismus zu werden

Das Interview mit Anne Jung, Referentin bei Medico, belegt anschaulich den Zusammenhang von Profitmaximierung und der Haltung zu Menschenrechten. Der Patentschutz genießt Vorrang vor dem Retten von Menschenleben durch Impfung. Des Weiteren versuchen Pharmafirmen, afrikanische Staaten daran zu hindern, selbst einen Impfstoff im eigenen Land herzustellen, und stattdessen ihre eigenen Container zur Herstellung dort aufzustellen, selbstverständlich nachdem das Hauptgeschäft in den Industrienationen weitgehend abgewickelt ist.

Dies bezeichne ich als eine Form von Kolonialismus. Hinter diesem Kolonialismus verbirgt sich, kaum verdeckt, Rassismus, indem Menschen lebensrettender Impfstoff verweigert wurde. Die Geschichte wimmelt von Beispielen, welche die Wirkung von Gier, entfesseltem Kapitalismus über schrecklichste Ausbeutung zu Kolonialismus und Rassismus deutlich machen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Inflation der Erzeugerpreise

Zu: „Kräftiger Aufschlag“, FR-Wirtschaft vom 22. Februar

40 Prozent Steuer auf Strom?

Hier sei besonders auf die horrend gestiegenen Stromkosten verwiesen: Der Stromanbieter kauft den Strom beim Kraftwerksbetreiber je nach Ausrichtung ein. Jetzt kommt der Broker ins Spiel, gibt die Margen, die zur Verfügung stehen, an den Vertragshändler weiter. Jede einzelne Station stellt ihre Leistung mit jeweils 19 Prozent MWSt. dem Stromanbieter in Rechnung. Auf das Endergebnis sind 19 Prozent MWSt. aufgerechnet. Durch diese Variante kommt die Stromlieferung mit einem staatlichen Anteil von 40 Prozent beim Endkunden an! Was be-

deutet da die vorgesehene Streichung der EEG-Umlage?

Dazu eine Anmerkung über vorgesehene Erleichterungen der Bevölkerung: Die sind niemals dort angekommen! Dieses Salär wurde von den jeweiligen Firmen zur Erhaltung benötigt. So war es auch in meinem Fall: Eine Erhöhung der Stromkosten für Ökostrom wurde angekündigt. Auf meine Einwendung und Fragen kam die Antwort: Wir berücksichtigen steigende und sinkende Preisbestandteile gleichermaßen; gleichwohl die EEG-Umlage von 2021 auf 2022 sinkt, konnten dadurch die gestiegenen Kosten für die Strombeschaffung und die Netzentgelte nicht ausgeglichen werden.

Also, liebe Strombezieher, wartet nicht auf die Senkung eurer Strompreise durch die Stromversorgung, sondern wendet euch an die Steuereinzahler.

Inge Besgen, Frankfurt

Rote Linie für den Porsche

Seit einiger Zeit fällt mir auf, dass Herr Lindner offensichtlich seine Meinung bezüglich des Regierens geändert hat. So meint er jetzt offensichtlich: „Lieber falsch regieren, als gar nicht regieren.“ Er bremst alles Notwendige mit seinen roten Linien aus, nur mit dem Porsche will er ungebremst rasen.

Annegret Benz, Hamburg

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg spricht mit dem Autor Matthias Pöhlmann über dessen Buch „Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen“. Eine Online-Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. Im Livestream unter: jg-ffm.de
Mittwoch, 2. März 2022, 19 Uhr